

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses III vom 8. Oktober 2020

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 357 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister MOLLERS zur Prävention gegen sexuelle Übergriffe im Pflegebereich**

Anzüglichkeiten, vermeintlich zufällige Berührungen, ungeniertes Grabscher: Für viele Frauen in Pflegeberufen gehört sexuelle Belästigung durch Patienten zum traurigen Alltag. Doch das Thema ist ein Tabu, die Opfer brechen nur selten ihr Schweigen.¹

Hierzu folgende Fragen:

- *Wird die Thematik sexuelle Übergriffe in einem Fach während der Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege behandelt?*
- *Wie viel Zeit wird zur Behandlung dieses Themas im Stundenplan der angehenden Pflegekräfte vorgesehen?*
- *Wird der Unterricht vor dem ersten Praktikum erteilt?*

- **Frage Nr. 358 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister MOLLERS zum Hausunterricht**

Der Hausunterricht wird in Belgien immer beliebter. Zwischen 2008 und 2018 hat sich die Anzahl der zuhause unterrichteten Schüler bereits verdoppelt. Dieses Jahr hat sich die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr, also im Zeitraum von allein einem Jahr, erneut verdoppelt und erreichte die Marke von 2400 Schülern. Die Corona-Pandemie wird wohl auch ein Grund für diesen enormen Anstieg sein.

Für Kinder, welche aus gesundheitlichen Gründen keine normale Schule besuchen können, ist der Hausunterricht sicherlich eine wichtige Option.

Angesichts der Entwicklung in der Wallonie habe ich folgende Fragen:

- *Wie viele Kinder im schulpflichtigen Alter werden aktuell in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von zuhause aus unterrichtet?*
- *Hat es auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Anstieg an Kindern gegeben, welche von zuhause aus unterrichtet werden?*
- *Wie wird die Qualität des Hausunterrichts sichergestellt?*

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ <https://www.stern.de/gesundheit/pflegekraefte-haeufig-opfer-sexueller-uebergriffe-9275544.html>

- **Frage Nr. 359 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister MOLLERS zum Stand der Ausbildungsplätze**

Im 3. Krisendekret wurde beschlossen, den Ausbildungsbetrieben, die in diesem Jahr einen Ausbildungsvertrag unterzeichnen, eine Prämie auszuzahlen. Damit sollte für die Unternehmen ein Anreiz geschaffen werden, trotz Corona-Krise, jungen Menschen die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu bieten.

Die Höhe dieser Prämie wurde auf 1500 Euro festgesetzt, und wird für die neuen Ausbildungsverträge, die dieses Jahr zwischen dem 1. Juli und dem 1. November abgeschlossen werden können, über das IAWM ausgezahlt. Auch wenn die Frist für das Abschließen der neuen Verträge noch nicht ausgelaufen ist, habe ich dazu folgende Frage:

- *Wie viele Verträge wurden dieses Jahr bereits abgeschlossen?*
- *Und wie viele wurden in den letzten Jahren zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen?*
- *Wird oder hat die Corona-Pandemie die Anzahl Ausbildungsplätze in der DG negativ beeinflusst?*

- **Frage Nr. 360 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur Auswertung der Befragung der Teilnehmer*innen an der Schulleiterausbildung**

Die Schulentwicklungsberatung des Ministeriums hat im Mai und Juni diesen Jahres eine Befragung der Teilnehmer*innen der Schulleiterausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt.

Die Inhalte dieser Ausbildung für pädagogische Fachkräfte werden regelmäßig an die aktuellen Gegebenheiten im Bildungswesen angepasst. Das Ziel der Befragung war es demnach, mögliche Schwerpunkte einer solchen Anpassung in Erfahrung zu bringen.

Diese Vorgehensweise begrüßen wir als Ecolo-Fraktion ausdrücklich, denn sie verdeutlicht die Wichtigkeit der Akteure vor Ort. Wir haben sogar die Hoffnung, dass diese Befragung ein ungefähres Abbild der aktuellen Situation unserer Schulleitungen und Schulen geben kann.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Welche wesentlichen Schlüsse lassen sich aus den Rückmeldungen Absolventen der Schulleiterausbildung auf die aktuelle Situation des Bildungswesens ziehen?*
- *Welche Anpassungen sollen ausgehend von den Ergebnissen der Befragung an der "Ausbildung für pädagogische Führungskräfte" vorgenommen werden?*

- **Frage Nr. 361 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur Verbesserung der beruflichen Perspektive von Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern in der Primarschule**

Wir haben bereits mehrfach von der beachtlichen Anzahl Kindergärtnerinnen und Kindergärtner gesprochen, die in der Primarschule arbeiten. Diese ist in den vergangenen fünf Jahren sprunghaft angestiegen. Ohne diese Lehrkräfte wären die Auswirkungen des Lehrermangels enorm. Ein Glück also, dass wir auf sie zurückgreifen können.

Dennoch ist ihre Anstellung mit vielen Fragezeichen behaftet.

Das Dienstalter dieser Lehrpersonen wird zwar berücksichtigt, wenn in Kindergärten Stellen frei werden. Das finde ich wichtig und richtig!

Doch bevor sich eine Anstellung im Kindergarten ergibt, können diese Lehrkräfte – zumindest theoretisch – jederzeit durch eine ausgebildete Primarschullehrerin bzw. einen ausgebildeten Primarschullehrer aus ihrer Stelle gedrängt werden.

Das finde ich bedenklich. In meinen Augen ist dadurch vor allem die kurz- und mittelfristige Perspektive dieser Lehrpersonen im Bildungssektor recht begrenzt: Wenn ich keine Stelle im Kindergarten bekomme, ist die Gefahr groß, dass ich bald ganz ohne Job da stehe.

Soll sich die Perspektive verbessern, sollte das aber auch mit der entsprechenden Ausbildung einhergehen. An der AHS gibt es zurzeit nur die Möglichkeit als Kindergärtnerin das sogenannte „Brückenstudium“ zu machen.

Aber: Dieses Brückenstudium existiert nur in Form eines Vollzeitstudienjahrs.

An der AHS wurde bereits an einem Konzept für ein berufsbegleitendes Brückenstudium für Kindergärtnerinnen gearbeitet. Leider kam dieses aber nicht zustande.

Daher meine Fragen werter Herr Minister:

- *Wie viele Kindergärtnerinnen und Kindergärtner arbeiteten zum Stichtag (30.09.2020) in unseren Primarschulen?*
- *Inwieweit ist die Regierung gewillt, die Autonome Hochschule finanziell zu unterstützen, um ein berufsbegleitendes Brückenstudium für Kindergärtner und Kindergärtnerinnen anzubieten, in dem die Berufserfahrung in der Primarschule Berücksichtigung fände?*
- *Besteht die Möglichkeit für das berufsbegleitende Brückenstudium auf Bildungsurlaub zurückzugreifen?*

• **Frage Nr. 362 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zur Sprachförderung erstankommender Schüler*innen**

Als erstankommende Schülerinnen und Schüler gelten Kinder, die zwischen 3 und 18 Jahre alt sind, deren Kompetenzen in der Unterrichtssprache unter dem Kompetenzniveau A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GERS) liegen und deren Wohnsitz oder ständiger Aufenthaltsort in einer der neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt.

Schülerinnen und Schüler, die diese Kriterien erfüllen, haben Anrecht auf Sprachförderung, entweder stundenweise in einem getrennten Unterricht oder in einer Sprachlernklasse, je nach Anzahl Kinder mit Bedarf. Dadurch sollen ihre Kenntnisse der Unterrichtssprache gestärkt werden, damit sie in der Folge möglichst in den Regelunterricht integriert werden können.

Natürlich unterstützen wir diese Regelung, fördert sie doch die Integration Anderssprachiger. Leider schließt sie aber Kinder von der Sprachförderung aus, die legitimerweise ebenso ein Anrecht darauf hätten. Der Grund dafür ist die dritte genannte Bedingung. Diese sieht nämlich vor, dass Kinder nur dann als „erstankommend“ eingestuft werden - also nur dann in den Genuss eines Sprachlehrers oder einer Sprachlernklasse kommen können - wenn sie in einer der neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnen.

Unsere Schulen besuchen aber nicht nur Kinder aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sondern auch Kinder, die in der Französischen Gemeinschaft, in Deutschland, in Luxemburg oder in den Niederlanden wohnen.

Auch diese Regelung heißen wir ausdrücklich gut, doch aus der Kombination beider Vorgaben ergibt sich eine Diskriminierung erstankommender Schülerinnen und Schüler:

In einem konkreten, uns bekannten Fall geht es um drei Kinder der Grundschule Lichtenbusch, die die ersten beiden Bedingungen erfüllen.

Sie sind zwischen 3 und 18 Jahre alt und sprechen bisher kaum Deutsch.

Sie wohnen aber - ebenso wie zahlreiche andere Kinder der Grundschule Lichtenbusch - auf deutscher Seite und haben daher kein Anrecht auf Sprachförderung.

In unseren Augen ist diese Regelung nicht kohärent: Alle Schülerinnen und Schüler in unseren Schulen sollten nach Auffassung der Ecolo-Fraktion Anrecht auf alle Angebote und Förderungen haben.

Daher habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Aus welchem Grund sind die Sprachfördermaßnahmen vom Wohnsitz der Schülerinnen und Schüler abhängig? Unserer Wahrnehmung nach sollten sie an die besuchte Schule gebunden sein.*
- *Wie viele Fälle erstankommender Kinder sind bekannt, die aufgrund ihres Wohnortes nicht in den Genuss von Sprachfördermaßnahmen kommen?*
- *Welche Sofortlösung ist denkbar, um Kinder, die dem dritten Kriterium nicht entsprechen, dennoch die dringend notwendige Sprachförderung zu ermöglichen?*

• **Frage Nr. 363 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister MOLLERS zur Schaffung einer „Inspection gratuite“ in der DG**

Es war zweifelsohne kein Schulstart wie in den Jahren zuvor, ein Schulstart war es dennoch!

Und wer A sagt, muss auch B sagen:

Wenn die Schulbank wieder gedrückt werden muss, fallen unweigerlich Kosten für die Familien an.

In einem Artikel vom „Le Soir“ wird daraufhin gewiesen, dass die einkommensschwachen Familien auch jene seien, die in der Covid-19 Krise am stärksten unter den finanziellen Auswirkungen der Krise gelitten haben - dies obschon zahlreiche Maßnahmen von der Politik getroffen worden sind.

Obschon vieles an unseren Schulen bereits „gratis“ ist, hört man allgemein, dass die Listen des benötigten Materials für Schüler nicht kürzer werden und oft gewisse Markenartikel, nicht gefordert aber dennoch angeraten werden.

Laut „Ligue des familles“ wird die kostenfreie Bildung immer noch nicht ausreichend umgesetzt.

Die Listen des zu beschaffenden Schulmaterials sind also immer noch ein hoher Kostenpunkt und treffen jene am meisten, die als einkommensschwach eingestuft werden können.

Weshalb die Schaffung einer „inspection gratuite“ angeraten wurde, die die Schulen sporadisch aber auch auf Hinweise der Eltern hin, kontrollieren und animieren sollte den kostenfreien Unterricht umzusetzen.

Die Idee dahinter soll sein, dass die erlangten politischen Erfolge die Kostenfreie Schule betreffend, integral von den Schulen umgesetzt werden und somit Realität im Alltag der Eltern sind.

Meine Fragen an Sie Herr Minister:

- *Wäre eine solche „inspection gratuite“ in den Schulen der DG denkbar?*
- *Gibt es in der DG einen Dienst bzw eine Anlaufstelle, an welche sich die Eltern wenden können, wenn sie finanzielle Schwierigkeiten haben, wenn es darum geht das geforderte Schulmaterial zu besorgen?*

• **Frage Nr. 364 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister MOLLERS zum aktuellen Stand der Resolution zur Verbesserung des Statuts der Freiwilligen Feuerwehr (vom November 2018)**

Im Herbst 2018 – also vor gut 2 Jahren - reichte unsere Fraktion einen Resolutionsvorschlag zur Verbesserung des Statuts der Freiwilligen Feuerwehr ein. Dieser Resolutionsvorschlag wurde dann im November 2018 im Plenum mit breiter Mehrheit verabschiedet.

In den sehr interessanten Diskussionen – damals vor allen Dingen im Ausschuss 2 - wurden auch Bereiche der Bildungspolitik in den Ideenaustausch mit aufgenommen.

U.a. sah eine der Forderungen der Resolution an die Regierung der DG vor, die im Rahmen der Aus- und Weiterbildung angeeigneten Kompetenzen anzuerkennen.

Weiter wurde der Austausch unter den Abgeordneten damals so ausgeweitet, dass man sich ebenfalls mit anderen Berufsbilder, wie die des Sicherheitsbeauftragten (Betriebe), des Wachpersonals, oder breiter gefasst des kompletten Sicherheitsmanagements befasste.

In den Überlegungen wurde auch die Möglichkeit der Schaffung eines 7. Studienjahres in der Sekundarstufe mit aufgenommen. Ein sehr interessanter Aspekt, denn er könnte zu einer Verbesserung der Attraktivität der zahlreichen Ausbildungsmöglichkeiten in Ostbelgien beitragen.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Minister Mollers:

- *Wie bewerten Sie aktuell die Möglichkeit der Schaffung eines 7. Ausbildungsjahres an der Sekundarschule für die Berufe die in die Kategorie des Sicherheitsmanagements fallen?*
- *Gibt es weitere Entwicklungen in ihrem Bereich, die durch die Resolution und den damals geführten Diskussionen, angestossen worden sind?*

• **Frage Nr. 365 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister MOLLERS zum Erfolg der Corona-Schutzmaßnahmen in den Schulen**

Das Schuljahr 2020-2021 ist mittlerweile gut sechs Wochen alt. Jedem war im Vorfeld bereits klar, dass es kein gewöhnliches Schuljahr werden würde: Desinfektionsmittel an jeder Ecke, Masken in den Sekundarschulen, Klassenblasen im Schulgebäude und stark reduzierte außerschulische Aktivitäten - die Anpassungen an Covid-19 prägen den Schulalltag.

Natürlich zielen zahlreiche Maßnahmen innerhalb des Schulalltags darauf ab, die Verbreitung des Virus innerhalb der Gesellschaft zu verzögern. Ein wesentliches Ziel ist aber auch ein möglichst normales Schulleben. Dieses hat schließlich enorme Auswirkungen auf das Leben insgesamt: soziale Kontakte sind wichtig für das Wohlbefinden unserer Kinder und Jugendlichen, das Recht auf Unterricht soll nicht noch mehr leiden, als es seit März ohnehin schon der Fall gewesen ist und weil die Schule auch für die Arbeitswelt unverzichtbar ist, sorgt sie doch neben ihrem Bildungsauftrag auch für solide Kinderbetreuung.

Dennoch ist es wichtig, zu evaluieren, ob diese Zielsetzung erreicht wurde, ob die die Maßnahmen ihren Zweck erfüllen und ob die Schulen die Vorgaben seitens der Regierung

und Kaleidos befolgen. Kurz gesagt, ob die Corona-Schutzmaßnahmen ein Erfolg sind oder ob sie grundlegend hinterfragt werden müssen.

Um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Wie viele bestätigte Fälle von Covid-19 gab es seit Anfang des Schuljahres in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*
- *Wurde die von Kaleido erarbeitete Vorgehensweise im Falle einer Covid-19-Infektion jeweils befolgt?*
- *Wie beurteilen Sie, Herr Minister, den Erfolg der Schutzmaßnahmen, die seit Beginn des Schuljahres unser Schulleben entscheidend prägen?*

• **Frage Nr. 366 von Herrn SPIES (SP) an Minister MOLLERS zum Kontakt-Tracing innerhalb der Schulen**

Nach wie vor bestimmen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie das gesellschaftliche Leben. Nicht zuletzt sind daher auch die Schülerinnen und Schüler in Ostbelgien verpflichtet sich an die Abstandsregeln zu halten sowie eine Maske zu tragen.

Wie wir jedoch alle wissen ist dies keineswegs eine Garantie dafür, nicht doch an Covid-19 zu erkranken. Immerhin lässt sich auch nur schwer nachvollziehen, inwiefern die Maßnahmen und Kontaktbeschränkungen außerhalb der Schulen eingehalten werden.

So kam es wie zu erwarten im September bereits zu ersten positiven Fällen in einer Sekundarschule im Süden der DG.

Laut meinem Kenntnisstand, wurde die betroffene Schülerin daraufhin von Kaleido gebeten, die Mitschülerinnen und Mitschüler zu nennen mit denen Sie im Vorfeld in Kontakt stand.

Diese wurden im Anschluss von Kaleido kontaktiert, mit der Bitte sich in Quarantäne zu begeben. Einige Tage später wurden die betroffenen Schülerinnen und Schüler dann wiederum benachrichtigt. Diesmal jedoch von Mitarbeitern der Tracing-Zentrale, mit der Bitte in Quarantäne zu verweilen sowie sich testen zu lassen.

Auf Nachfrage besorgter Eltern, stellte sich letztlich heraus, dass die Kommunikation zwischen den beiden Organisationen alles andere als optimal verläuft und es teilweise sogar zu widersprüchlichen Aussagen kam. Die Eltern konnten demnach kaum noch nachvollziehen welcher Ansprechpartner wofür zuständig ist (der Hausarzt, die Schuldirektion, Kaleido oder doch das Tracing-Center).

Mir ist durchaus bewusst, dass Kaleido schon aus rein historischer Sicht für das Tracing innerhalb der Schulen verantwortlich ist. Wie beispielsweise in der Vergangenheit bei Fällen von Masern oder sonstigen ansteckenden Erkrankungen.

Die Corona-Pandemie überschreitet jedoch bei weitem die Grenzen des bislang Bekannten. Aufgrund der Tatsache, dass Eltern zunächst von Kaleido und anschließend zusätzlich noch vom Tracing-Center kontaktiert wurden, könnte der Eindruck entstehen, dass die Verantwortlichen von Kaleido mit der aktuellen Situation überfordert waren beziehungsweise sind.

Dadurch entstand eine Situation, die sich angesichts der ohnehin großen Verunsicherung meiner Meinung nach durchaus als kontraproduktiv und nicht gerade vertrauenerweckend erwiesen hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, werter Herr Minister, folgende Fragen stellen:

- *Inwiefern macht es noch Sinn innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich des Tracings in den Schulen zwei unterschiedliche Ansprechpartner zu haben?*
- *Erachten Sie es als unbedenklich, dass man Schülern die Verantwortung überlässt ihre Klassenkameraden in Quarantäne zu schicken, indem sie deren Namen nennen?*
- *Inwiefern wurden die Schulleiter sowie die Lehrpersonen vor Beginn des neuen Schuljahres über die zu treffenden Maßnahmen im Falle einer Erkrankung seitens Kaleido informiert?*

• **Frage Nr. 367 von Herrn MERTES (VIVANT) an Minister MOLLERS zum pädagogischen Konzept in den Einrichtungen des RZKB**

Bei der Anhörung der Tagesmütter und des RZKBs in der Ausschusssitzung vom 1. Oktober, sprach eine Tagesmutter ein bestimmtes pädagogisches Konzept zur Kleinkindbetreuung an.

Dieses Konzept würde von allen konventionierten Tagesmüttern angewendet werden.

Hierzu meine lauten meine Fragen:

- *Um welches pädagogisches Konzept handelt es sich konkret?*
- *Wird das gleiche Konzept auch in den anderen Einrichtungen des RZKBs angewendet?*
- *Wurde die Entscheidung, dieses Konzept anzuwenden, vom RZKB selbst oder vom Ministerium der DG festgelegt?*

• **Frage Nr. 368 von Herrn KRAFT (CSP) an Minister MOLLERS zu Attacken auf Lehrpersonal**

Eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) zeigt, dass die Gewalt gegen Lehrkräfte in Deutschland seit 2018 an allen Schulformen deutlich zugenommen hat. Darunter sind Beleidigungen, Drohungen, Mobbing oder tätliche Angriffe auf Lehrkräfte zu verstehen. 34 Prozent der befragten Schulen gaben demnach an, dass in den vergangenen fünf Jahren an ihrer Einrichtung Lehrer körperlich angegriffen wurden. Bei der gleichen Befragung 2018 sagten noch 26 Prozent der Schulleiterinnen und Schulleiter, es habe solche Fälle in den vergangenen fünf Jahren gegeben.

Deutlich mehr Schulen berichteten im Vergleich zu 2018 auch von Beschimpfungen, Drohungen, Beleidigungen, Belästigungen oder Mobbing gegen Lehrkräfte. 61 Prozent gaben an, es habe in den vergangenen Jahren entsprechende Fälle gegeben. Acht Prozent der Übergriffe gehen sogar von Eltern aus.

Hierzu meine Fragen:

- *Gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ähnliche Umfragen?*
- *Welchen Kenntnisstand hat die Regierung der DG über eventuelle Angriffe oder Cyberattacken auf Lehrpersonal in der DG?*
- *Was tut die Regierung der DG, um Lehrer zu schützen bzw. zu beraten, die Opfer von Attacken geworden sind?*

• **Frage Nr. 369 von Herrn KRAFT (CSP) an Minister MOLLERS zum Ausbau des Instituts für Demokratiepädagogik**

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wird das Thema Demokratie aufgegriffen. „Demokratie braucht Demokraten“ heißt es seitens der Regierung, was es durchaus zu unterstützen gilt.

Die Regierung behauptet, durch eine finanzielle Aufwertung des Instituts für Demokratiepädagogik die handelnden Akteure ausreichend zu unterstützen und so das demokratische Bewusstsein der Jugend zu verbessern.

Die Programme fast aller ostbelgischen Parteien zu den Wahlen 2019, aber auch der Rat der Deutschsprachigen Jugend sowie diverse Schülerumfragen haben sich mit der Frage der politischen Bildung in der Vergangenheit ebenso beschäftigt und sich deutlich für ein eigenständiges Schulfach „Bürgerkunde“ ausgesprochen.

Die Rahmenpläne sehen eine Verteilung der politischen Bildung auf die verschiedenen Fächer vor. Allerdings würden im Rahmen eines Schulfaches „Bürgerkunde“ die politische Bildung der Jugendlichen garantiert.

Hierzu meine Fragen:

- *Ist die Regierung der DG bereit, zur Verbesserung der politischen Ausbildung die Diskussion zum eigenständigen Fach „Bürgerkunde“ wieder aufzunehmen?*
- *Falls ja, wann ist mit dem eigenständigen Fach Bürgerkunde zu rechnen?*
- *Falls nein, wie sieht die zusätzliche finanzielle Ausstattung für die Schulen aus, um dem Auftrag zur Demokratieausbildung zu gewährleisten?*

• **Frage Nr. 370 von Herrn KRAFT (CSP) an Minister MOLLERS zur Förderung der Erstsprache in der DG**

Ostbelgien ist eine Sprachregion. Für Ausbildung, Handwerk und Berufsleben ist der Erwerb der deutschen und französischen Sprache grundlegende Voraussetzung.

Zudem belegen Studien des Goethe-Instituts, dass das Beherrschen der Erstsprache für den Erwerb von Fremdsprachen absolut notwendig ist. Dabei steht das Lesen im Prozess des fortgeschrittenen Spracherwerbs im Mittelpunkt.

Im Frühjahr 2020 wurde der siebte Durchgang der PISA-Studie vorgestellt. Nach 2000 und 2009 stellte das Lesen 2018 erneut die Hauptdomäne dar. Die Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erreichen für den Bereich Lesen insgesamt 483 Punkte, womit sie knapp unter dem OECD-Schnitt (487) liegen.

20,6 % der ostbelgischen Schüler gehören zur „Lese-Risikogruppe“, also zur Gruppe welche eine sehr geringe Lesekompetenz aufweisen. Lediglich 5 % der ostbelgischen Schüler gehören zur Gruppe der sehr starken Leser. Ein alarmierender Negativtrend, der sich noch in weiteren Zahlen der PISA-Studie ausdrückt.

Hierzu meine Fragen:

- *Warum haben die bisherigen Maßnahmen im Rahmenplan diesen Trend nicht aufhalten können?*
- *Welche Maßnahmen wird die Regierung ergreifen, um den Trend aufzuhalten?*
- *Inwiefern wird im Fach „Deutsch“ der Rahmenplan verändert, um mehr Raum für das Lesen zu gewährleisten?*

- **Frage Nr. 371 von Herrn KRAFT (CSP) an Minister MOLLERS zu Erste-Hilfe-Kursen in den Schulen der DG**

Vergangenen Monat wurde der zweite Spieltag in den Lütticher Tischtennisprovinzklassen von einem tragischen Todesfall überschattet. Laut dem Grenzecho handelte es sich um einen 73-jährigen Spieler, der einer Herzattacke erlag.

Ein 21-jähriger Ostbelgier war mit seiner Mannschaft vor Ort und leistete Erste Hilfe. Gegenüber dem Grenzecho äußerte sich der junge Mann wie folgt: „Ich habe 2017 schon mal einen Tischtennisspieler in Ninane gerettet. Wenn man den Erste-Hilfe-Kurs macht, denkt man, dass man das Wissen höchstens einmal in seinem Leben gebrauchen wird. In vier Jahren habe ich es beim Tischtennis schon zweimal gebraucht.“

Hierzu meine Fragen:

- *Welche Möglichkeiten haben die Schülerinnen und Schüler der DG im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung einen kostenlosen Erste-Hilfe-Kurs zu belegen?*
- *In welchem Rahmen muss das Lehrpersonal der DG eine Erste-Hilfe-Ausbildung durchlaufen?*
- *Wie steht die Regierung zu einem obligatorischen Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen der schulischen Ausbildung?*

- **Frage Nr. 372 von Herrn KRAFT (CSP) an Minister MOLLERS zum Dienstrecht für Lehrpersonal**

Im Rahmen der schon seit 2015 angekündigten Reform „Gutes Personal für gute Schulen“ (GPGS), kündigte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung letzten Monat Änderungen im Dienstrecht an. Um den Lehrermangel entgegenzutreten, sollen Neueinsteiger künftig auf unbestimmte Dauer bezeichnet werden können.

Dazu meine Fragen:

- *Welche konkreten Rahmenbedingungen umfasst die angekündigte Maßnahme für das entsprechende Lehrpersonal?*
- *Werden mit dieser Maßnahme alle Lehrkräfte in der DG voll ernannt bzw. auf unbestimmte Dauer bezeichnet sein?*
- *Falls nein, was sieht die Regierung der DG für das Bestandspersonal vor, das weder ernannt ist, noch im Rahmen der angekündigten Maßnahme auf unbefristete Dauer bezeichnet wird?*